Verordnung
über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht

Vom 18. Dezember 1979


§ 1
Gebührenbefreiung aus sozialen Gründen

(1) Von der Rundfunkgebührenpflicht werden befreit:
1. Sonderfürsorgeberechtigte im Sinne des § 27 e des Bundesversorgungsgesetzes;
2. a) Blinde oder nicht nur vorübergehend wesentlich sehbehinderte Personen mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 60 vom Hundert allein wegen der Sehbehinderung,
b) Hörgeschädigte, die gehörlos sind oder denen eine ausreichende Verständigung über das Gehör auch mit Hörhilfen nicht möglich ist;
3. Behinderte, die nicht nur vorübergehend um wenigstens 80 vom Hundert in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind und wegen ihres Leidens an öffentlichen Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können;
4. Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz oder von
Hilfe zur Pflege als Leistung der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz;

5. Empfänger von Pflegezulagen nach § 267 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes oder Personen, denen wegen Pflegebedürftigkeit nach § 267 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. c des Lastenausgleichsgesetzes ein Freibetrag zuerkannt wird;

6. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Abschnitt 2 oder § 51 des Bundessozialhilfegesetzes oder nach § 27 a des Bundesversorgungsgesetzes oder nach § 27 d des Bundessozialhilfegesetzes in Verbindung mit § 51 des Bundessozialhilfegesetzes;

7. Personen, deren monatliches Einkommen zusammen mit dem Einkommen der Haushaltsangehörigen eine Einkommensgrenze nicht übersteigt, die sich ergibt aus
   a) dem Einkommensboden des Regelate der Sozialhilfe (§ 22 des Bundessozialhilfegesetzes) für den Haushaltsvorstand,
   b) dem Einfachen des Regelate der Sozialhilfe für sonstige Haushaltsangehörige und
   c) 30 vom Hundert des Regelate der Sozialhilfe für jeden Haushaltsangehörigen, der das 65. Lebensjahr vollendet hat oder erwerbsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung ist,
   d) den Kosten für die Unterkunft.

Das Einkommen bestimmt sich nach dem § 76 bis 78 des Bundessozialhilfegesetzes;


(2) Innerhalb der Haushaltsgemeinschaft wird die Gebührenbefreiung nur gewährt, wenn

1. der Haushaltsvorstand selbst zu dem in Abs. 1 Nr. 1 bis 6 aufgeführten Personenkreis gehört;
2. der Ehegatte des Haushaltsvorstandes zu dem in Abs. 1 Nr. 1 bis 6 aufgeführten Personenkreis gehört;
3. ein anderer Haushaltsangehöriger, der zu dem in Abs. 1 Nr. 1 bis 6 aufgeführten Personenkreis gehört, nachweist, daß er selbst das Rundfunkempfangsgerät zum Empfang bereithält.

§ 2 Gebührenbefreiung aus Billigkeitsgründen

Unbeschadet der Gebührenbefreiung nach § 1 kann die Landesrundfunkanstalt in besonderen Härtefällen von der Rundfunkgebührenpflicht befreien.

§ 3 Gebührenbefreiung für Rundfunkempfangsgeräte in besonderen Betrieben oder Einrichtungen

Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht wird für Rundfunkempfangsgeräte gewährt, die in folgenden Betrieben oder Einrichtungen für den jeweils betreuten Personenkreis ohne besondere Entgelt bereitgehalten werden:

1. in Krankenhäusern, Krankenanstalten, Heilstätten sowie in Erholungsheimen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, in Gutachterstellen, die stationären Beobachtungen durchführen, in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation sowie in Müttergenesungshäusern;
2. in Einrichtungen für Behinderte, insbesondere in Heimen, in Ausbildungstätten und in Werkstätten für Behinderte;
4. in Einrichtungen für Suchtkranke, Einrichtungen der Altenhilfe und in Durchwandererheimen.


§ 4 Gebührenbefreiung für Rundfunkempfangsgeräte in allgemein- und berufsbildenden Schulen

Für Rundfunkempfangsgeräte, die für ein volles Kalenderjahr in öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, staatlich genehmigten Ersatz-
schulen und staatlich anerkannten Er- 
gänzungsschulen, soweit sie auf ge-
mittätszer Grundlage arbeiten, von 
dem jeweiligen Rechtsträger der Schule 
zu Unterrichtszwecken um Empfang be-
reitgehalten werden, wird Gebührenbe-
freiung für die letzten drei Monate des 
Jahres gewährt.

§ 5
Antrag auf Befreiung von der 
Rundfunkgebührenpflicht

(1) Die Befreiung von der Rundfunk-
egbührenpflicht wird auf Antrag ge-
währt. Eine Gebührenbefreiung kann 
nur gewährt werden, wenn das Bereit-
halten eines Rundfunkempfangsgerätes 
gemäß Art. 4 des Rundfunkgebühren-
staatsvertrags angezeigt wurde oder 
gleichzeitig mit dem Antrag auf Gebüh-
renbefreiung angezeigt wird.

(2) Der Antrag ist in den Fällen des 
§ 1 Abs. 1 Nr. 5 an das zuständige Aus-
gleichsamt, in den übrigen Fällen des 
§ 1 Abs. 1 an den zuständigen örtlichen 
Träger der Sozialhilfe, in dessen Bezirk 
das Rundfunkempfangsgerät zum Emp-
fang bereitgehalten wird, zu richten. So-
welt Aufgaben der Sozialhilfe von 
Gemeinden erfüllt werden, ist der Antrag 
an diese zu richten. Über den Antrag 
entscheidet die Rundfunkanstalt auf Vor-
schlag der genannten Behörden. Die 
Rundfunkanstalt kann die Behörden zur 
Aushändigung des Befreiungsbescheides 
ermächtigen. In den Fällen der §§ 2 und 3 
ist der Antrag unmittelbar an die Rund-
funkanstalt zu richten, die über den An-
trag entscheidet.

(3) Der Antragsteller hat die Voraus-
setzungen für die Befreiung von der 
Rundfunkgebührenpflicht glaubhaft zu 
machen. Die Rundfunkanstalt kann ver-
langen, daß in den Fällen des § 3 Satz 3 
die Befreiung von der Körperschaft-
steuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Kör-
perschaftsteuergesetzes oder bei Kran-
kenhäusern, Altenwohnheimen, Alten-
heimen und Pflegeheimen in den Fällen 
des § 3 Satz 5 die Befreiung von der 
Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 20 des 
Gewerbesteuergesetzes nachgewiesen 
werden.

(4) Der Beginn der Befreiung von der 
Rundfunkgebührenpflicht wird in der 
Entscheidung über den Antrag auf den 
Ersten des Monats festgesetzt, der dem 
Monat folgt, in dem der Antrag gestellt 
worden ist. Der Antrag vor Ablauf der 
Frist eines gültigen Befreiungsbeschei-
des gestellt, wird der Beginn der neuen 
Befreiung auf den Ersten des Monats 
nach Ablauf der Frist festgesetzt. Die 
Befreiung wird längstens jeweils für 
drei Jahre gewährt. Treten Tatsachen 
ein, wonach eine Voraussetzung für die 
Befreiung von der Rundfunkgebühren-
pflicht entfällt, so endet die Befreiung; 
die Tatsachen sind von dem Beteilig-
ten unverzüglich der Rundfunkanstalt 
mitzuteilen.

§ 6
Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Aus-
Gleichzeitig tritt die Verordnung über 
die Befreiung von der Rundfunkgebüh-
renpflicht vom 25. September 1975 
(GVBl. I S. 219) außer Kraft. Befrei-
ungsbescheide, die auf der Grundlage 
der bisherigen Vorschriften erteilt worden 
sind, werden durch die Bestimmungen 
dieser Verordnung nicht berührt.

(2) § 4 tritt am 1. Januar 1980 in 
Kraft.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1979

Hessische Landesregierung
Der Ministerpräsident
Börner

1) GVBl. II 74-7
Hessische Laufbahnverordnung (HLVO)

Vom 18. Dezember 1979


ERSTER ABSCHNITT

Allgemeines

§ 1

Begriffsbestimmung

(1) Einstellung ist die Begründung eines Beamtenverhältnisses.

(2) Anstellung ist die erste Verleihung eines Amts, das in einer Besoldungsordnung aufgeführt ist oder dessen Bezeichnung der Direktor des Landespersonalamts festgesetzt hat.


§ 2

Eingangämter

Die Eingangsämter der Laufbahnen richten sich nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften.

§ 3

Probezeit

(1) Probezeit ist die Zeit, während der sich ein Beamter auf Probe nach Erwerb oder nach Feststellung der Befähigung für seine Laufbahn bewähren soll.

(2) Die Probezeit dauert
   1. im einfachen Dienst sechs Monate,
   2. im mittleren Dienst ein Jahr,
   3. im gehobenen Dienst zwei Jahre,
   4. im höheren Dienst drei Jahre.

(3) Als Probezeit gilt auch die Zeit eines Sonderurlaubs, wenn dieser überwiegend dienstlichen Interessen oder öffentlichen Belangen dient und das Vorliegen dieser Voraussetzung bei Gewährung des Sonderurlaubs von der obersten Dienstbehörde festgestellt worden ist. Satz 1 gilt entsprechend für die Zeit eines Sonderurlaubs für die Tätigkeit in öffentlichen, zuständigen oder überstaatlichen Organisationen oder zur Übernahme von Aufgaben der Entwicklungshilfe.

(4) In den Fällen des Abs. 2 Nr. 2 bis 4 kann die oberste Dienstbehörde die Probezeit nach § 25 Abs. 2 Satz 1 HBG bis zur Hälfte kürzen.

(5) Über die Anrechnung von Dienstzeiten auf die Probezeit nach § 25 Abs. 2 Satz 2 und 3 und § 27 Abs. 3 HBG entscheidet die oberste Dienstbehörde. Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes haben mindestens ein Jahr als Probezeit zu leisten; dies gilt auch in den Fällen des Abs. 3. Dienstzeiten, die im Beamtenverhältnis auf Widerruf mit Dienstbezügen oder im Richterverhältnis zurückgelegt worden sind, können bis zur vollen Dauer der Probezeit angeordnet werden. Das gleiche gilt im Falle der Wiedergestaltung eines Beamtenverhältnisses für die im früheren Beamtenverhältnis abgeleistete Probezeit. Dienstzeiten vor Vollendung des siebenten Lebensjahres können nicht auf die Probezeit angerechnet werden.

(6) Kann die Bewährung bis zum Abschluß der vorgesehenen Probezeit nicht festgestellt werden, so kann die Probezeit im einfachen Dienst um höchstens ein Jahr, im mittleren um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde. Die Fristen verlängern sich um die Zeit eines Sonderurlaubs, wenn nicht die Vor- aussetzungen des Abs. 3 vorliegen.

§ 4

Dienstbezeichnung bis zur Anstellung

(1) Während des Beamtenverhältnisses auf Probe bis zur Anstellung führt der Beamte als Dienstbezeichnung die Amtsbezeichnung des Eingangsämter am Laufbahn, im Beförderungsamt die Amtsbezeichnung des Beförderungsamts, jeweils mit dem Zusatz „zur Anstellung (z. A.)“.

(2) Der Direktor des Landespersonalamts kann im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde andere Dienstbezeichnungen festsetzen.

§ 5

Laufbahnwechsel

Die Befähigung für eine Laufbahn kann als Befähigung für eine gleichwertige Laufbahn (§ 18 Abs. 2 Satz 3 HBG) anerkannt werden. Dies gilt nicht, wenn für die neue Laufbahn eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben oder nach ihrer Eigenart zuerst in der Dienstbehörde ist. Über die Anerkennung der Befähigung entscheidet der Direktor des Landespersonalamts im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde.
§ 6
Erleichterungen für Schwerbehinderte

(1) Bei der Einstellung von Schwerbehinderten darf nur das für die Laufbahn erforderliche Mindestmaß körperlicher Eignung verlangt werden.

(2) Den Schwerbehinderten sind die ihrer Behinderung angemessenen Erleichterungen zu gewähren. Die fachlichen Anforderungen dürfen jedoch nicht geringer bemessen werden.

(3) Bei der Beurteilung der Leistung Schwerbehindelter ist eine etwaige Minderung der Arbeits- und Verwendungsfähigkeit durch die Behinderung zu berücksichtigen.

ZWEITER ABSCHNITT
Laufbahnbewerber
Erster Titel
Gemeinsame Vorschriften

§ 7
Eignungsprüfung

(1) Die Eignungsprüfung dient der Feststellung der geistigen Befähigung, der Allgemeinbildung und der Leistungsfähigkeit des Bewerbers und soll darüber hinaus einen Eindruck von der Gesamtpersönlichkeit vermitteln. Bei der Auswahl von Bewerbern für die Laufbahn einer Fachverwaltung soll sie auch die besondere Eignung für die Fachrichtung feststellen.


(3) Die Eignungsprüfung ist vor einem Prüfungsausschuß abzulegen. Diesem gehören an:

1. ein vom Fachminister zu benennender Beamter als Vorsitzender,
2. der Direktor des Landespersonalamts oder ein von ihm beauftragter Beamter,
3. ein Fachpsychologe, den der Direktor des Landespersonalamts bestimmt,
4. ein Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, der Beamter der betreffenden Fachverwaltung sein muß.

Der Prüfungsausschuß beschließt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) Der Direktor des Landespersonalamts beruft die Mitglieder des Prüfungsausschusses und bestimmt das Verfahren bei der Prüfung.

(5) Nach Auswertung der Prüfungsergebnisse entscheidet der Prüfungsausschuß über die Einreihung des Bewerbers in die Gruppen

besonders geeignet,
geeignet,
mit Einschränkung geeignet,
weniger geeignet,

Die Prüfung kann einmal wiederholt werden.

(6) Bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts bestimmt die oberste Dienstbehörde, für welche Laufbahnen und für welche Bewerbergruppen Eignungsprüfungen abzuhalten sind. Die Vorschriften der Abs. 1, 3 und 5 gelten entsprechend. Dem Prüfungsausschuß gehören an:

1. zwei Beamte und ein Fachpsychologe, die von der obersten Dienstbehörde bestimmt werden; einer der Beamten ist zum Vorsitzenden zu bestellen;
2. ein Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, der Beamter der betreffenden Fachverwaltung sein muß.


(7) Führen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die Eignungsprüfungen nicht selbst durch, so bestimmt die oberste Dienstbehörde den nach Abs. 3 Nr. 1 in den Prüfungsausschuß zu berufenden Beamten.

§ 8
Vorbereitungsdienst

(1) Die Bewerber werden als Beamte auf Widerruf in den Vorbereitungsdienst der betreffenden Laufbahn einge stellt.

(2) Die Beamten führen während des Vorbereitungsdienstes die Dienstbezeichnung „Anwärter“, in Laufbahnen des höheren Dienstes die Dienstbezeichnung „Referendar“, jeweils mit einem die Laufbahn oder die Fachrichtung bezeichnenden Zusatz. Der Direktor des Landespersonalamts kann andere Dienstbezeichnungen festsetzen.

(3) Die oberste Dienstbehörde kann den regelmäßigen Vorbereitungsdienst um höchstens zwei Jahre verlängern, wenn der Anwärter das Ausbildungsziel noch nicht erreicht hat oder wenn aus besonderen Gründen eine Verlängerung angebracht erscheint. Erreicht der Beamtenanwärter das Ausbildungsziel trotz Verlängerung des Vorbereitungsdienstes nicht, so ist er aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen.


§ 9 Laufbahnprüfung


(3) In die Prüfungsausschüsse für die Laufbahnprüfungen sind nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen Vertreter der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften als Mitglieder zu berufen. Diese müssen mindestens die Befähigung für die betreffende Laufbahn besitzen.

§ 10 Ausbildungs- und Prüfungsordnungen

(1) Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können im Rahmen der in dieser Verordnung bestimmten Mindest- und Höchstaltergrenzen für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst Alterungsgrenzen festsetzen, sofern dies nach den Besonderheiten einzelner Laufbahnen erforderlich ist.

(2) In den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen kann vorgeschrieben werden, daß während des Vorbereitungsdienstes eine Zwischenprüfung abzulegen ist.

(3) In den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sind folgende Prüfungsnoten vorzusehen: sehr gut (1) für eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht, gut (2) für eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht, befriedigend (3) für eine Leistung, die im allgemeinen den Anforderungen entspricht, ausreichend (4) für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht, mangelhaft (5) für eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkenntlich, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten, ungenügend (6) wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

Zur Bildung der Prüfungsnoten können für die Bewertung der Einzelleistungen halbe Noten erteilt oder die Einzelleistungen und die Gesamtleistung der Prüfung nach einem System von Punktzahlen bewertet werden.

§ 11 Erwerb der Befähigung

Die Laufbahnbewerber erwerben die Befähigung für ihre Laufbahn

1. durch Vorbereitungsdienst und Be- stehen der vorgeschriebenen Lauf- bahnprüfung,
2. nach der Hessischen Verordnung über die Beamten in Laufbahnen besonde- rer Fachrichtungen oder
3. als Aufstiegsbeamte nach den §§ 14, 16 und 19.
Zweiter Titel

Einfacher Dienst

§ 12

Vorbereitungsdienst

(1) In den Vorbereitungsdienst einer Laufbahn des einfachen Dienstes kann eingestellt werden, wer mindestens fünfzehn Jahre und höchstens vierzig Jahre alt ist. Satz 1 gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins.

(2) Bewerber für Laufbahnen des technischen Dienstes müssen die vorgeschriebenen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch Zeugnisse über
1. die Gesellenprüfung in einem der betreffenden Fachrichtung entsprechenden Handwerk (§ 31 der Handwerksordnung) oder eine entsprechende Abschlussprüfung im Sinne des § 34 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes oder
2. eine entsprechende praktische Tätigkeit nachweisen.

Dritter Titel

Mittlerer Dienst

§ 13

Vorbereitungsdienst

(1) In den Vorbereitungsdienst einer Laufbahn des mittleren Dienstes kann eingestellt werden, wer mindestens sechzehn Jahre und höchstens fünfunddreißig Jahre alt ist. Satz 1 gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins.

(2) Angestellte oder Arbeiter, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie Schwerbehinderte können bis zum vierzigsten Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

(3) Im allgemeinen Verwaltungsdiens, im mittleren Justizdienst, im Verwaltungsdiensst bei den Trägern der Sozialversicherung und im technischen Dienst in der Straßenbauverwaltung dauert der Vorbereitungsdienst zwei Jahre, im technischen Dienst in der Eichverwaltung und in der Gewerbeaufsichtsverwaltung ein Jahr.

(4) Bewerber, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind, können nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zu einem Praktikum zugelassen werden.

(5) Bewerber für Laufbahnen des technischen Dienstes müssen die vorgeschriebenen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch Zeugnisse über
1. die Gesellenprüfung in einem der betreffenden Fachrichtung entsprechenden Handwerk (§ 31 der Handwerksordnung) oder eine entsprechende Abschlussprüfung im Sinne des § 34 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes oder

2. den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder

§ 14

Aufstiegsbeamte

(1) Beamte des einfachen Dienstes können zu einer Laufbahn des mittleren Dienstes zugelassen werden, wenn sie unter Berücksichtigung ihrer Bewährung in der bisherigen Laufbahn dafür geeignet erscheinen.


(3) Nach erfolgreicher Einführung ist die Laufbahnprüfung abzulegen. Beamte, die die Prüfung auch nach Wiederholung nicht bestanden haben, treten in die frühere Beschäftigung zurück.

(4) Ein Amt der Laufbahn des mittleren Dienstes darf den Beamten erst verliehen werden, wenn sie sich im mittleren Dienst bewährt haben. Die Zeit zur Feststellung der Bewährung soll die Probezeit nach § 3 Abs. 2 nicht übersteigen. § 3 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

Vierter Titel

Gehobener Dienst

§ 15

Vorbereitungsdienst

(1) In den Vorbereitungsdienst einer Laufbahn des gehobenen Dienstes kann eingestellt werden, wer mindestens achtzehn Jahre und höchstens fünfunddreißig Jahre alt ist. Satz 1 gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins.

(2) Angestellte, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie Schwerbehinderte können bis zum vierzigsten Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

(3) Nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen können Bewerber zu einem Praktikum zugelassen werden.
(4) Der Vorbereitungsdienst dauert
1. in den Laufbahnen des technischen Dienstes sowie im Dienst der Fachrichtungen Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Verbraucherfragen, Gartenbau, Weinbau und Landespflege zwei Jahre,
2. im Forstdienst ein Jahr und sechs Monate.

§ 16 Aufstiegsbeamte
(1) Beamte des mittleren Dienstes, die unter Berücksichtigung ihrer Bewährung in der bisherigen Laufbahn für den gehobenen Dienst geeignet erscheinen, können zu einer Laufbahn des gehobenen Dienstes derselben Fachrichtung zugelassen werden

1. im nichttechnischen Dienst
   a) ein Jahr nach der Laufbahnprüfung, wenn sie diese mit der Note "gut" oder "sehr gut" bestanden haben,
   b) zwei Jahre nach der Laufbahnprüfung, wenn sie diese mit der Note "befriedigend" bestanden haben,
   c) drei Jahre nach der Laufbahnprüfung, wenn sie diese mit der Note "ausreichend" bestanden haben;

2. im technischen Dienst fünf Jahre nach Bestehen der Laufbahnprüfung.

Soweit die Ausbildung für die Laufbahn nach § 22 Abs. 2 HBG in einem Studiengang einer Fachhochschule vermittelt wird, ist für die Feststellung der Eignung mit zu berücksichtigen, ob der Bewerber die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Fachhochschulausbildung erfüllt.

(2) Die Beamten werden in die Aufgaben der neuen Laufbahn eingeführt und zu der vorgeschriebenen Ausbildung zugelassen. Die Einführungsdauer dauert drei Jahre. Sie kann insoweit gekürzt werden, als die Beamten während ihrer bisherigen Tätigkeit bereits hinreichende Kenntnisse, wie sie für die neue Laufbahn gefordert werden, erworben haben. Fachstudien und berufspraktische Studienzeiten als Studiengang einer Fachhochschule jedoch nur um jeweils höchstens sechs Monate.

(3) Nach erfolgreicher Einführung ist die Laufbahnprüfung abzulegen. Beamte, die die Prüfung auch nach Wiederholung nicht bestanden haben, treten in die frühere Beschäftigung zurück.


Fünfter Titel
Höherer Dienst

§ 17 Vorbereitungsdienst
(1) In den Vorbereitungsdienst einer Laufbahn des höheren Dienstes kann eingestellt werden, wer mindestens einundzwanzig Jahre und höchstens fünfunddreißig Jahre alt ist.

(2) Angestellte, die mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst überwiegend mit Aufgaben beschäftigt worden sind, die in der Regel von Beamten des höheren Dienstes wahrgenommen werden, und Schwerbehinderte können bis zum vierzigsten Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des höheren Dienstes eingestellt werden.

(3) Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Laufbahnen des technischen Dienstes können bestimmen, daß der Bewerber eine abgeschlossene praktische Tätigkeit von mindestens Dauer in seinem Fachgebiet nachzuweisen hat.

§ 18 Technischer Verwaltungsdienst
Referendare des bautechnischen, maschinen- und elektrotechnischen, vermessungstechnischen und gartenbaulichen Verwaltungsdienstes und des technischen Dienstes im Bergbach, die die zweite Staatsprüfung bestanden haben, scheidet mit Ablauf des Tages, an dem ihnen das Ergebnis der Prüfung eröffnet wird, aus dem Beamtenverhältnis aus.

§ 19 Aufstiegsbeamte

(2) Mit der Übertragung eines Amtes der neuen Laufbahn wird die Befähigung für diese Laufbahn zuerkannt.

(3) Der Aufstieg nach Abs. 1 ist ausgeschlossen, wenn für die höhere Laufbahn eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben oder nach ihrer Eigenart zwingend erforderlich ist.
DRITTER ABSCHNITT
Andere Bewerber
§ 20
Einstellungsvoraussetzungen
Als anderer Bewerber darf nur eingestellt werden, wer mindestens vier Jahre lang hauptberuflich eine Tätigkeit ausgeübt hat, die der Tätigkeit des Eingangsamts seiner Laufbahn gleich zu bewerten ist. Die Einstellung ist jedoch frühestens zu dem Zeitpunkt zulässig, zu dem ein vergleichbarer Laufbahnbewerber in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen würde. Angestellte im öffentlichen Dienst, die eine Ausbildung nach § 1 Abs. 4 des Verwaltungsfachhochschulgesetzes mit der Laufbahnprüfung abgeschlossen haben, können ohne den Nachweis einer hauptberuflichen Tätigkeit nach Satz 1 in eine Laufbahn des gehobenen Dienstes eingestellt werden.

VIERTER ABSCHNITT
Dienstliche Beurteilung
§ 21
Allgemeines


§ 22
Inhalt
(1) Die Beurteilung soll sich insbesondere erstrecken auf die allgemeine geistige Veranlagung, das Persönlichkeitsbild, den Bildungsstand, das soziale Verhalten, die Arbeitsleistung und die Belastbarkeit.

(2) Die dienstliche Beurteilung ist mit einem Gesamtturteil abzuschließen. Das Gesamtturteil kann einen Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung enthalten.

FÜNFTER ABSCHNITT
Fortbildung
§ 23
(1) Die dienstliche Fortbildung wird durch Fortbildungsmaßnahmen der Landesregierung und der obersten Dienstbehörden gefördert und geregelt, soweit sie nicht besonderen Fortbildungseinrichtungen obliegt.

(2) Die Beamten sind verpflichtet, an der dienstlichen Fortbildung teilzunehmen und sich außerdem selbst fortzubilden, damit sie über die Anforderungen ihrer Laufbahn unterrichtet bleiben und auch steigenden Anforderungen ihres Amtes gewachsen sind.

(3) Beamte, die darüber hinaus durch Fortbildung ihre Leistung nachweislich wesentlich gesteigert haben, sind zu fördern. Vor allem ist ihnen nach Möglichkeit Gelegenheit zu geben, ihre Fachkenntnisse in höher bewerteten Dienstgeschäften anzuwenden und hierbei ihre besondere fachliche Eignung nachzuweisen.

SECHSTER ABSCHNITT
Übergangs- und Schlußvorschriften
§ 24
Ausnahmen
Der Direktor des Landespersonalamts kann im Einvernehmen mit dem Fachminister und im Benehmen mit der Landespersonalkommission Ausnahmen zulassen von
1. § 16 Abs. 1 Nr. 1, wenn der Beamte aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen erst verspätet zur Ausbildung für den mittleren Dienst zugelassen werden konnte;
2. § 14 Abs. 3 Satz 1 und § 16 Abs. 3 Satz 1, wenn der Beamte aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht zur Ausbildung und Prüfung zugelassen werden konnte.

Bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts tritt an die Stelle des Fachministers der Landespersonalamtsdirektor oder die obere Aufsichtsbehörde. Untersteht die Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts unmittelbar der Aufsicht einer Behörde der Landesverwaltung in der Mittelstufe, kann der Direktor des Landespersonalamts im Einvernehmen mit dieser Behörde Ausnahmen zulassen.

§ 25
Übertragung der Entscheidungsbefugnis
Die oberste Dienstbehörde kann die ihr nach dieser Verordnung zustehende Entscheidungsbefugnis für den Bereich der Landesverwaltung auf die unmittelbar nachgeordneten Behörden übertragen.

§ 26
Fortgeltung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen
Bis zu einer anderweitigen Regelung gelten Ausbildungs- und Prüfungsordnungen mit den Änderungen weiter, die sich aus dieser Verordnung ergeben.
§ 27
Geltungsbereich
Diese Verordnung gilt nicht für
1. Hochschullehrer sowie wissenschaftliche Beamtin in Lehre und Forschung,
2. Lehrer an öffentlichen Schulen und Schulaufsichtsbeamte,
3. Polizeivollzugsbeamte,
4. Beamtin des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehren,
5. Beamtin auf Zeit,

§ 28
Übergangsregelung für Rechtspleger
Für Anwärter des Rechtsplegerdienstes, die ihre Ausbildung vor dem 1. Januar 1980 begonnen haben, verbleibt es
bei der bisherigen Dauer des Vorbereitungsdienstes. Entsprechendes gilt für

§ 29
Aufhebung bisherigen Rechts
Die Hessische Laufbahnverordnung in der Fassung vom 16. Dezember 1971
(GVBII. I S. 313, 317, 1972 I S. 80), zuletzt geändert durch Verordnung vom

§ 30
Inkrafttreten

Wiesbaden, den 18. Dezember 1979

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident

Börner

Der Minister des Innern

Gries

1) GVBII. I S 322-19

Hessische Verordnung
über die Beamten in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen

Vom 18. Dezember 1979


ERSTER ABSCHNITT
Allgemeines

§ 1
Geltungsbereich
Für die Laufbahnen besonderer Fachrichtungen (Anlagen 1 bis 3) gilt die Hessische Laufbahnverordnung vom 18. Dezember 1979 (GVBII. I S. 266), so weit diese Verordnung nichts anderes bestimmt.

§ 2
Einstellungsvoraussetzungen
(1) In eine Laufbahn besonderer Fachrichtung können Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung eingestellt werden, wenn
1. ihr Beruf in den Anlagen 1 bis 3 zu § 1 bei der entsprechenden Fachrichtung aufgeführt ist,
2. die übrigen Voraussetzungen nach dieser Verordnung erfüllt sind.

(2) Bewerber, deren Amtstätigkeit ausschließlich in einer Leibtätigkeit beim Hessischen Verwaltungsschulverband bestehen soll, können unter den Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 2 in eine Laufbahn besonderer Fachrichtung auch dann eingestellt werden, wenn ihr Beruf in den Anlagen zu § 1 nicht aufgeführt ist.

§ 3
Befähigungsanforderungen

(2) Ist für eine Laufbahn besonderer Fachrichtung eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung erlassen, so wird deren Gültigkeit durch diese Verordnung nicht berührt. Bewerber, die sich nicht der durch die Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorgeschriebenen Ausbildung

Anlagen
unterzogen haben, dürfen nach dieser Verordnung nur eingestellt werden, wenn keine geeigneten Bewerber mit Laufbahnprüfung vorhanden sind, ein dienstliches Interesse vorliegt und der Fachminister, der Direktor des Landespersonalamts und die Landespersonalkommission zugestimmt haben. Bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist die Zustimmung der Landespersonalkommission nur erforderlich, wenn sie für einzelne Verwaltungsbereiche oder bestimmte Fachrichtungen erteilt werden soll.

ZWEITER Abschnitt

Voraussetzungen für die Einstellung im einzelnen

Erster Titel

Mittlerer Dienst

§ 4

Allgemeine Befähigungsanforderungen

Von den Bewerbern sind zu fordern
1. der Abschluß einer Realschule oder der erfolgreiche Besuch einer Haupt- oder eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. eine hauptberufliche Tätigkeit von zwei Jahren.

§ 5

Besondere Befähigungsanforderungen

Neben den allgemeinen Befähigungsanforderungen nach § 4 haben
1. Erzieher an Heimen des Landeswohlfahrtsverbandes die staatliche Anerkennung als Erzieher oder die staatliche Prüfung als Kindergärtnерin und Horterin oder die staatliche Prüfung als Heimerzieherin,
2. Handwerks- und Industriemeister im handwerklichen Erziehungsdienst an Heimen des Landeswohlfahrtsverbandes die Meisterprüfung,
3. Feldschützen die Gesellenprüfung oder eine gleichwertige Facharbeiterprüfung in einem für den Feldschützendienst geeigneten Beruf und eine theoretische und praktische Einführung in die Aufgaben eines Hilfspolizeibeamten und den Gebrauch von Schußwaffen,
4. Gesundheitsaufseher die staatliche Anerkennung nach den Vorschriften der obersten Gesundheitsbehörde,
5. Krankenpfleger und Krankenschwestern einschließlich Kinderkranken- und Schwesterin die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung nach dem Krankenpflegegesetz in der Fassung vom 20. September 1965 (BGBl. I S. 1443) sowie im Gesellschaftsbereich des Ministers der Justiz die Teilnahme an einem Einführungselehrgang,
6. Präparatoren und Restauratoren an wissenschaftlichen Instituten, Museen usw. eine abgeschlossene Berufsausbildung, die der Tätigkeit verwandt oder dienlich ist,
7. Bauführer und Baukontrolleure die Gesellenprüfung in einem dem Baubetrieb- oder Bauneubewerbe zugehörigen Beruf und die Teilnahme an einem Einführungselehrgang,
8. Betriebstechniker die Gesellenprüfung oder eine gleichwertige Facharbeiterprüfung in einem geeigneten technischen Beruf,
9. Bewerber für den Gewerbeaufsichtsdienst die Gesellenprüfung in einem geeigneten technischen Beruf,
10. a) Handwerks- und Industriemeister für die Technische Überwachung die Meisterprüfung in einem geeigneten Beruf,
   b) Handwerks- und Industriemeister im Geschäftsbereich des Ministers der Justiz die Meisterprüfung und die Teilnahme an einem Einführungselehrgang,
   c) sonstige Meister die Meisterprüfung als Industrie-, Handwerks-, Landwirtschafts- oder Gärtnermeister nachzuweisen.

Zweiter Titel

Gehobener Dienst

§ 6

Allgemeine Befähigungsanforderungen

Von den Bewerbern sind zu fordern
1. die für die Laufbahn erforderliche technische oder sonstige Fachbildung nach Maßgabe der §§ 7 und 8,
2. eine hauptberufliche Tätigkeit von drei Jahren und sechs Monaten.

§ 7

Technischer Dienst

Bewerber für den technischen Dienst haben ihre Fachbildung durch das Zeugnis über die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule nachzuweisen.

§ 8

Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Sozialer Gewerbeaufsichtsdienst

Dritter Titel
Höherer Dienst

§ 9
Allgemeine Befähigungsanforderungen
Von den Bewerbern sind zu fordern
1. ein nach § 19a Abs. 2 Satz 2 HBG
gereignetes, mindestens dreijähriges, mit einer Prüfung abgeschlossenes Studium an einer Hochschule,
2. eine hauptberufliche Tätigkeit von drei Jahren sechs Monaten.

§ 10
Ärzte und Zahnärzte
(1) Bei Arzten kann der Fachminister für die Stellen im Ministerium, bei den Regierungspräsidenten, den Versorgungsärzten, den Orthopädischen Versorgungsstellen, den Versorgungskuranstalten und den Justizvollzugsanstalten zusätzliche Anforderungen festlegen; er kann insbesondere den Nachweis der ärztlichen Prüfung oder der Anerkennung als Facharzt verlangen.

§ 11
Tierärzte
(1) Tierärzte, die in der Landesverwaltung verwendet werden, haben die Befähigung durch das Bestehen einer Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst nachzuweisen. Das gleiche gilt für Direktoren und Tierärzte an Schlacht- und Viehöfen, soweit ihnen veterinärpolizeiliche Befugnisse zu übertragen sind.
(2) Der Fachminister kann für beantragte Tierärzte in Veterinäruntersuchungsämtern einen Fachtierarztnachweis als gleichwertig im Sinne des Abs. 1 anerkennen.

§ 12
Lebensmittelchemiker
Bei Pharmazeuten und Diplomchemikern gilt die zusätzlich vorgeschriebene Ausbildung zum Lebensmittelchemiker als hauptberufliche Tätigkeit.

§ 13
Markscheider
Bewerber für das Markscheiderwesen in der Bergbauverwaltung haben neben den allgemeinen Befähigungsanforderungen die Konzeption als Markscheider nachzuweisen.

§ 14
Dienst an Volkshochschulen
Bewerber für den Dienst an Volkshochschulen haben mindestens ein Jahr der hauptberuflichen Tätigkeit nach § 9 Nr. 2 in verschiedenen Einrichtungen oder Organisationen der Erwachsenenbildung abzuleisten.

Dritter Abschnitt
Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 15
Aufhebung bisherigen Rechts

§ 16
Inkrafttreten

Wiesbaden, den 18. Dezember 1979

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Börner

Der Minister des Innern
Gries

Anlage 1 zu § 1
— Mittlerer Dienst —

Besondere Fachrichtung
Dienst als Erzieher an Heimen des Landeswohlfahrtsverbandes
Handwerklicher Erziehungsdienst an Heimen des Landeswohlfahrtsverbandes

Beruf bzw. Berufsabschlußbezeichnung
Erzieher (Kindergärtnерin und Hortnerin, Helmerzieherin)
Meisterprüfung als Handwerks- oder Industriemeister
## Besondere Fachrichtung

### Dienst als Feldschütz
- Gesellenprüfung oder gleichwertige Facharbeiterprüfung in einem geeigneten Beruf
- Gärtnermeister
- Gesundheitsaufseher
- Krankenpfleger, Krankenschwester

### Gartenbaulicher Dienst
- Dienst als Gesundheitsaufseher
- Dienst als Krankenpfleger und Krankenschwester

### Dienst als Präparator und Restaurator
- Präparator, Restaurator

### Technischer Dienst,
- Meisterprüfung als Handwerks- oder Industriemeister, Gesellenprüfung oder gleichwertige Facharbeiterprüfung
- Gesellenprüfung in einem dem Bauhaupt- oder Bauneubewerbe zugehörenden Beruf
- Gesellenprüfung in einem dem Bauhaupt- oder Bauneubewerbe zugehörenden Beruf
- Gesellenprüfung oder gleichwertige Facharbeiterprüfung in einem geeigneten technischen Beruf

### insbesondere
- Dienst als Bauaufseher
- Fototechnischer Dienst
- Gesellenprüfung in einem geeigneten technischen Beruf
- Fotografenmeister

### Dienst als Baukontrolleur
- Gesellenprüfung oder gleichwertige Facharbeiterprüfung in einem geeigneten technischen Beruf

### Betriebstechnischer Dienst in der Kommunalverwaltung

### Fototechnischer Dienst

### Gewerbeaufsichtsdienst
- Gesellenprüfung in einem geeigneten technischen Beruf

### Technischer Dienst in kommunalen Betrieben und Versorgungseinrichtungen
- Meisterprüfung als Handwerks- oder Industriemeister

### Technischer Überwachungsdienst
- Meisterprüfung als Handwerks- oder Industriemeister

---

## Anlage 2 zu § 1
— Gehobener Dienst —

### Besondere Fachrichtung

### Dienst im Garten-, Obst- und Weinbau (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Dienst in der Landespflege (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Dienst der Fachrichtungen Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Verbraucherfragen
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Dienst als Sozialarbeiter
- Diplom-Sozialarbeiter oder Sozialarbeiter

### Dienst als Sozialpädagoge
- Diplom-Sozialpädagoge oder Sozialpädagoge

### Sozialer Gewerbeaufsichtsdienst
- Diplom-Sozialarbeiter, Sozialarbeiter oder Absolvent einer gleichwertigen Fachrichtung

### Technischer Dienst,
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### insbesondere

### Bau- und Vermessungstechnischer Dienst (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Technischer Dienst in der Bergbauverwaltung
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Technischer Gesundheitsdienst einschließlich Lebensmittelüberwachung
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Technischer Gewerbeaufsichtsdienst (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) einer geeigneten Fachrichtung

### Technischer Dienst in kommunalen Betrieben und Versorgungseinrichtungen
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung

### Technischer Überwachungsdienst
- Diplom-Ingenieur oder Ingenieur (grad.) der jeweiligen Fachrichtung
### Anlage 3 zu § 1

#### Höherer Dienst

<table>
<thead>
<tr>
<th>Besondere Fachrichtung</th>
<th>Beruf bzw. Berufsabschlußbezeichnung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Archäologischer Dienst</td>
<td>Archäologe</td>
</tr>
<tr>
<td>Ärztlicher und zahnärztlicher Dienst</td>
<td>Arzt, Zahnarzt</td>
</tr>
<tr>
<td>Bautechnischer, maschinen- und elektrotechnischer und Vermessungstechnischer Dienst</td>
<td>Diplom-Ingenieur der jeweiligen Fachrichtung</td>
</tr>
<tr>
<td>(nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)</td>
<td>Biologe</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Biologe</td>
<td>Chemiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Chemiker</td>
<td>Geograph</td>
</tr>
<tr>
<td>Geographischer Dienst</td>
<td>Geologe</td>
</tr>
<tr>
<td>Geologischer Dienst</td>
<td>Geophysiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Geophysikalischer Dienst</td>
<td>Diplom-Ingenieur einer geeigneten Fachrichtung, Chemiker, Physiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Gewerbeaufsichtsdienst (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)</td>
<td>Historiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Historiker</td>
<td>Konservator oder Absolvent einer sonstigen geeigneten Fachrichtung</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Konservator</td>
<td>Diplom-Gärtner, Diplom-Ingenieur der jeweiligen Fachrichtung</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst in der Landespflege (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)</td>
<td>Diplom-Gärtner, Diplom-Ingenieur der jeweiligen Fachrichtung, Diplom-Landwirt, Diplom-Agraringenieur</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst in der Landentwicklung (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)</td>
<td>Diplom-Landwirt, Diplom-Agraringenieur, Diplom-Gärtner, Diplom-Okotrophologe</td>
</tr>
<tr>
<td>Landwirtschaftlicher Dienst (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)</td>
<td>Lebensmittelchemiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Lebensmittelchemiker</td>
<td>Diplom-Ingenieur</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst im Marksscheidewesen der Bergbauverwaltung</td>
<td>Diplom-Mathematiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Mathematiker</td>
<td>Meteorologe</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Meteorologe</td>
<td>Mineraloge</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Mineraloge</td>
<td>Archäologe, Biologe, Geologe, Kunsthistoriker oder Absolvent einer sonstigen geeigneten Fachrichtung</td>
</tr>
<tr>
<td>Museumsdienst</td>
<td>Apotheker</td>
</tr>
<tr>
<td>Pharmazeutischer Dienst</td>
<td>Physiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Physiker</td>
<td>Psychologe</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Psychologe</td>
<td>Sozialpädagoge</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Sozialpädagoge</td>
<td>Diplom-Ingenieur</td>
</tr>
<tr>
<td>Technischer Dienst in der Bergbauverwaltung (nach Maßgabe des § 3 Abs. 2)</td>
<td>Diplom-Ingenieur, Physiker</td>
</tr>
<tr>
<td>Technischer Dienst in der Eichverwaltung</td>
<td>Diplom-Ingenieur</td>
</tr>
<tr>
<td>Technischer Uberwachungsdienst</td>
<td>Tierarzt</td>
</tr>
<tr>
<td>Tierärztlicher Dienst</td>
<td>Diplom-Chemiker, Diplom-Ingenieur</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst als Verfahrenstechniker</td>
<td>Absolvent einer geeigneten Fachrichtung</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienst an Volkshochschulen</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnungen über die Ersten Staatsprüfungen
für die Lehrämter

Vom 18. Dezember 1979


Artikel 1)

1. §§ 10 Abs. 1 erhalten jeweils folgende Fassung:
   „(1) Die Meldung zur Prüfung ist schriftlich an den Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsamtes zu richten; sie kann frühestens zwei Wochen vor Vorlesungsschluß des sechsten Semesters und soll spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsschluß des siebenten Semesters erfolgen.“

2. In §§ 10 Abs. 2 werden jeweils die Worte „Der Meldung sind beizufügen“ durch die Worte „Zur Prüfung kann sich nur melden, wer die folgenden Unterlagen beifügt:“ ersetzt.

3. §§ 12 erhalten jeweils folgende Fassung:
   „§ 12
   Zulassung zur Prüfung
   (1) Zur Prüfung ist zuzulassen, wer die in § 10 Abs. 2 genannten Voraussetzungen erfüllt.
   (2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen.“

4. §§ 13 Abs. 3 Satz 2 erhalten jeweils folgende Fassung:
   „Als Gesamtergebnis ist festzustellen:
   bei einem Notendurchschnitt bis 1,50 einschließlich:
   Mit Auszeichnung bestanden,
   bei einem Notendurchschnitt bis 2,50 einschließlich:
   Gut bestanden,“

bei einem Notendurchschnitt bis 3,50 einschließlich:
   Befriedigend bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 4,50 einschließlich:
   Bestanden.“

5. In §§ 14 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils nach den Wörtern „Klausurarbeit“ die Worte „nach § 3 Abs. 4“ eingefügt.

6. §§ 15 erhalten jeweils folgende Fassung:
   „§ 15
   Wiederholungsprüfung
   (2) Die Wiederholungsprüfung ist vor dem Prüfungssamt abzulegen, vor dem die erste Prüfung nicht bestanden wurde.
   (3) Der Kultusminister kann in begründeten Fällen Ausnahmen von der in Abs. 1 Satz 1 und 3 sowie in Abs. 2 getroffenen Regelung zulassen.“

Artikel 2)

1. § 2 Abs. 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
   „2. bei dem Studium zum Erwerb der Lehrämterbefähigung für die Grundstufe an Veranstaltungen
   a) im Lernbereich Sachunterricht (mit gesellschaftswissenschaftlichem, naturwissenschaftlichem oder technischem Schwerpunkt) einschließlich seiner Didaktik erfolgreich teilgenommen hat; als Lernbereich im Sinne dieser Verordnung gilt auch eines der Fächer Deutsch, Englisch, Evangelische Theologie, Katholische Theologie,“

1) Andert GVBl. II 322-48
2) Andert GVBl. II 322-68
Mathematik, Kunst/Visuelle Kommunikation, Musik oder Sport, sofern dieses Fach nicht nach Buchst. b gewählt wird und sich das fachwissenschaftliche Studium dieses Faches einschließlich seiner Fachdidaktik auf den Stufenschwerpunkt Grundstufe erstreckte;

b) im fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Bereich von einem der folgenden Fächer erfolgreich teilgenommen hat:

Deutsch
Englisch
Französisch
Evangelische Theologie
Katholische Theologie
Gesellschaftslehre
Mathematik
Physik
Chemie
Biologie
Kunst/Visuelle Kommunikation
Musik
Sport
Polytechnik/Arbeitslehre
(fachwissenschaftlicher Schwerpunkt Technik, fachwissenschaftlicher Schwerpunkt Wirtschaft, fachwissenschaftlicher Schwerpunkt Sozio-ökologie).

Der Bewerber wählt entweder in Buchst. a genannten Lernbereich oder das in Buchst. b genannte Fach als Erstes Prüfungsfach. Als eines der Prüfungsfächer hat der Bewerber entweder Sachunterricht, Deutsch oder Mathematik zu wählen. Wer den Lernbereich Sachunterricht unter a wählt, kann unter b nicht die Fächer Gesellschaftslehre, Physik, Chemie oder Biologie wählen. In den Fächern Kunst/Visuelle Kommunikation, Musik und Sport muß der Bewerber durch Vorlage einer Bescheinigung des zuständigen Hochschullehrers nachweisen, daß er die fachpraktischen Anforderungen in diesen Fächern erfüllt;"  

2. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Meldung zur Prüfung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsmates zu richten; sie kann frühestens zwei Wochen vor Vorlesungsschuß des sechsten Semesters und soll spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsschuß des siebenten Semesters erfolgen."  

3. In § 9 Abs. 2 werden die Worte „Der Meldung sind beizufügen:“ durch die Worte „Zur Prüfung kann sich nur melden, wer die folgenden Unterlagen beifügt:“ ersetzt.

4. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11
Zulassung zur Prüfung

(1) Zur Prüfung ist zuzulassen, wer die in § 9 Abs. 2 genannten Voraussetzungen erfüllt.

(2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsmates. Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine ablehnung ist zu begründen."

5. § 12 Abs. 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Als Gesamtergebnis ist festzustellen:
bei einem Notendurchschnitt bis 1,50 einschließlich:
   Mit Auszeichnung bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 2,50 einschließlich:
   Gut bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 3,50 einschließlich:
   Befriedigend bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 4,50 einschließlich:
   Bestanden."

Artikel 39

„§ 7
Anwendung sonstiger Vorschriften


Artikel 49

1. Im Inhaltsverzeichnis wird im Zweitenteil der Vierte Abschnitt gestrichen.

2. a) In § 2 Nr. 3 wird das Wort „oder“ durch einen Punkt ersetzt.

   b) § 2 Nr. 4 wird gestrichen.
3. Der Vierte Abschnitt wird gestrichen.
4. In § 20 Abs. 2 Nr. 5 wird das Komma nach dem Wort „Main“ durch einen Punkt ersetzt.
5. § 20 Abs. 2 Nr. 6 wird gestrichen.
6. § 23 erhält folgende Fassung:

   „§ 23
   Meldung zur Prüfung
   (2) Zur Prüfung kann sich nur melden, wer die folgenden Unterlagen beifügt:
   1. In allen Fällen
      a) ein kurzer Lebenslauf mit Angaben über den Bildungsgang,
      b) das Studienbuch,
      c) die in § 3 genannten Nachweise,
      d) gegebenenfalls ein Antrag gemäß § 4,
      e) eine Erklärung darüber, ob der Bewerber in einem Strafverfahren verurteilt worden ist oder gegen ihn ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist,
      f) die Versicherung, daß der Bewerber die Zulassung bisher bei keinem Prüfungsamt beantragt hat oder die Mitteilung, wann und wo dies geschehen ist;
   2. bei dem in § 2 Nr. 2 genannten Prüfungabschnitt
      a) die Angabe des Ersten und Zweiten Unterrichtsfaches sowie der weiteren Unterrichtsfächer, in denen der Bewerber die Fachwissenschaftliche Prüfung ablegen will,
      b) erforderlichenfalls der in § 7 Abs. 4 genannte Nachweis;
   3. bei dem in § 2 Nr. 3 genannten Prüfungabschnitt
      a) die beiden Instrumente, in denen der Bewerber die praktische Prüfung ablegen will,
      b) die Angabe des weiteren Unterrichtsfaches, in dem der Bewerber die Prüfung ablegen will oder abgelegt hat.*
   7. § 25 erhält folgende Fassung:

   „§ 25
   Zulassung zur Prüfung
   (1) Zur Prüfung ist zuzulassen, wer die in § 23 Abs. 3 genannten Vor aussetzungen erfüllt.
   (2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen.*
   8. § 26 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 4 und 8 werden gestrichen.
   b) In Abs. 5 werden die Worte „Abs. 2, 3 und 4“ durch die Worte „Abs. 2 und 3“ ersetzt.
   c) Abs. 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:
      „Als Gesamtergebnis ist festzustellen:
      bei einem Notendurchschnitt bis 1,50 einschließlich:
      Mit Auszeichnung bestanden,
      bei einem Notendurchschnitt bis 2,50 einschließlich:
      Gut bestanden,
      bei einem Notendurchschnitt bis 3,50 einschließlich:
      Befriedigend bestanden,
      bei einem Notendurchschnitt bis 4,50 einschließlich:
      Bestanden."
   d) Die bisherigen Abs. 5 bis 7 werden Abs. 4 bis 6, der bisherige Abs. 9 wird Abs. 7.
   Artikel 5)*
   1. Im Inhaltsverzeichnis werden die Worte „§ 6 Zulassungsvoraussetzung-“

* Ändert GVBl. II 322-46
richtung ablegen wollen, finden die Meldefristen nach Abs. 1 keine Anwendung. Diese Bewerber sollen sich spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsschluß des zweiten Semesters zur Vorprüfung melden."

8. Als § 22 a wird eingefügt:

"§ 22 a
Zulassung zur Vorprüfung
(1) Zur Vorprüfung ist zuzulassen, wer die in § 22 Abs. 2 genannten Voraussetzungen erfüllt.
(2) Über die Zulassung zur Vorprüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungskomitees. Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen."

9. Als § 22 b wird eingefügt:

"§ 22 b
Meldung zur Hauptprüfung
(2) Zum letzten Ausschnitt der Hauptprüfung kann sich nur melden, wer die beiden letzten Semester an der Technischen Hochschule in Darmstadt studiert hat und folgende Unterlagen beifügt:
1. einen tabellarischen Lebenslauf mit Angabe des Bildungsganges,
2. das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung in Abschrift oder Fotokopie,
3. die in der Anlage 2 zu dieser Verordnung genannten Studienachweise und der Nachweis über das erfolgreich abgeleistete Praktikum nach § 3 Abs. 2,
4. eine Erklärung darüber, ob der Bewerber in einem Strafverfahren verurteilt worden ist oder gegen ihn ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist,
5. die Versicherung, daß der Bewerber die Zulassung zur Hauptprüfung bisher bei keinem anderen Prüfungskomitee beantragt hat oder die Mitteilung, wann und wo dies geschehen ist,
6. die Angabe des Bereichs, in dem gemäß § 12 die wissenschaftliche Hausarbeit angefertigt wird,
7. sofern eine Wahlmöglichkeit be-
steht, die Angabe der Prüfungsb-
fächer, auf die sich die mündliche
Prüfung erstrecken soll,
8. die Angabe des Wahlfaches,
9. gegebenenfalls einen Antrag auf
Durchführung der Hauptprüfung
in Abschnitten.

(3) Für Bewerber, die nach einem
abgeschlossenen Studium an einer
Fachhochschule die Erste Staatsprü-
fung für das Lehramt an beruflichen
Schulen gewerblich-technischer Fach-
richtung ablegen wollen, finden die
Meldedisten des Abs. 1 keine An-
wendung. Diese Bewerber sollen
sich spätestens zwei Wochen nach
Vorlesungsschluß des fünften Seme-
sters zum letzten Abschnitt der
Hauptprüfung melden.

10. Als § 22 c wird eingefügt:

»§ 22 c
Zulassung zur Hauptprüfung

(1) Zur Hauptprüfung ist zuzulas-
sen, wer die in § 22 b Abs. 2 genann-
ten Voraussetzungen erfüllt.

(2) Über die Zulassung zur Haupt-
prüfung entscheidet der Vorsitzende
des Prüfungsamtes. Die Entscheidung
ist dem Bewerber schriftlich mitzu-
teilen; eine Ablehnung ist zu be-
gründen.«

11. § 23 erhält folgende Fassung:

»§ 23
Anrechnung von Semestern
und Prüfungssteilen

(1) Der Vorsitzende des Prüfungs-
amtes entscheidet darüber, ob Seme-
ster, die der Bewerber an Universitä-
täten studiert hat, angerechnet wer-
den können sowie darüber, auf wel-
den Zulassungsvoraussetzungen in
diesen Fällen verzichtet werden kann.
In Zweifelsfällen ist die Ent-
scheidung des Kultusministers einzu-
holen.

(2) Der Kultusminister kann in be-
gründeten Ausnahmefällen andere
für den Studienzweck, in dem die
Prüfung abgelegt werden soll, förder-
liche Ausbildungsgänge auf die nach
dieser Prüfungsordnung erforderliche
Studienauer ganz oder teilweise
anrechnen. Das gleiche gilt für be-
standene Prüfungsabschnitte und
Prüfungsteile.«

12. Im Fünften Abschnitt wird die Über-
schrift „Ergänzungsprüfung“ durch die
Überschrift „Erweiterungsprü-
fung“ und in den §§ 28 bis 31 das
Wort „Ergänzungsprüfung“ durch
das Wort „Erweiterungsprüfung“ er-
setzt.

Artikel 69)
Die Verordnung über die Erste Staats-
prüfung für das Lehramt an Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen und

Höheren Fachschulen landwirtschaft-
licher, hauswirtschaftlicher und nab-
rungsgewerblicher Fachrichtung vom
21. April 1966 (GVBl. I S. 111), geändert
 durch Verordnung vom 3. Dezember 1970
(GVBl. I S. 747), wird wie folgt geän-
dert:

1. In der Überschrift, in § 1 Abs. 1 und
§ 7 Abs. 1 werden die Worte „Ber-
ufsschulen, Berufsfachschulen, Fach-
schulen und Höhere Fachschulen“ durch
die Worte „beruflichen Schulen“ ersetzt.

2. In den §§ 2, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 15,
16 und 17 wird das Wort „Leiter“ durch
das Wort „Vorsitzender“ ersetzt.

3. In den §§ 7, 8, 14 und 16 werden die
Worte „Minister für Landwirtschaft
und Forsten“ durch die Worte „Minis-
ter für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten“ ersetzt.

4. § 11 erhält folgende Fassung:

»§ 11
Meldung zur Prüfung

(1) Die Meldung zur Prüfung ist schriftlich an den Vorsitzenden des
Prüfungsamtes zu richten; sie kann frühestens zwei Wochen vor Vorle-
sungsschluß des achten Semesters und
soll spätestens zwei Wochen nach
Vorlesungsschluß des zehnten Seme-
sters erfolgen.

(2) Zur Prüfung kann sich nur mel-
den, wer die beiden letzten Semester
an der Justus Liebig-Universität stu-
diert hat und folgende Unterlagen
beifügt:

1. einen eigenändig geschriebenen
Lebenslauf, der insbesondere Anga-
gen über den Bildungsgang ent-
halten soll,
2. den Nachweis einer praktischen
Berufsausbildung,
3. die Nachweise über die abgelei-
tete Hospitation und das sozial-
pädagogische Praktikum,
4. den Nachweis des ordnungsgema-
sen Studiums durch Vorlage des
Studienbuches sowie der Beschei-
dnung über die erfolgreiche Teil-
nahme an mindestens zwei Semi-
naren in den in § 5 Abs. 1 genann-
ten Bereichen,
5. den Nachweis über die abgelegte
Diplomprüfung; kann dieser im
Zeitpunkt der Meldung noch nicht
erbracht werden, so kann er nach-
gereicht werden, spätestens jedoch
eine Woche vor der mündlichen
Prüfung,
6. eine Erklärung darüber, ob der Be-
werber in einem Strafverfahren
verurteilt worden ist oder gegen
ihn ein gerichtliches Strafverfahren
oder ein Ermittlungsverfahren bei
der Staatsanwaltschaft anhängig
ist,

6) Ändert GVBl. II 222-33
7. die Versicherung, daß der Bewerber die Zulassung bisher bei keinem anderen Prüfungsamt beantragt hat oder die Mitteilung, wann und wo dies geschehen ist.

(3) Über Ausnahmen von dem Erfordernis, die beiden letzten Semester an der Justus Liebig-Universität zu studieren, insbesondere wenn die Diplomprüfung außerhalb Hessens abgelegt worden ist, entscheidet der Kultusminister.  

5. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12
Zulassung zur Prüfung
(1) Zur Prüfung ist zuzulassen, wer die in § 11 Abs. 2 genannten Voraussetzungen erfüllt.

(2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen."

6. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14
Wiederholungsprüfung

(2) Der Kultusminister kann in begründeten Fällen Ausnahmen von der in Abs. 1 getroffenen Regelung zulassen. Soweit es sich um die Bewerber der landwirtschaftlichen Fachrichtung handelt, bedarf es des Einverständnisses mit dem Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten."

Artikel 8]


1. Im Inhaltsverzeichnis werden die Worte „§ 9 Meldung zur Prüfung“ durch die Worte „§ 9 Meldung zur Vorprüfung“ ersetzt und danach die Worte „§ 9 a Meldung zur Wahlfach- und Hauptprüfung“ eingefügt.

2. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das vierjährige Studium für das Lehramt an Sonderschulen wird durch die Erste Staatssprüfung mit Schwerpunkt in einer vom Bewerber zu wählenden Fachrichtung und einer Nebenfachrichtung abgeschlossen. Fachrichtungen und Nebenfachrichtungen sind:
1. Lernbehinderte,
2. Praktisch Bildbare,
3. Verhaltensgestörte,
4. Sprachbehinderte."

3. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4
Umfang der Prüfung
(1) Die Erziehungswissenschaftliche Vorprüfung umfaßt als mündliche Prüfung:
1. Allgemeine Erziehungswissenschaft,
2. Gesellschaftswissenschaften in den für die Erziehungswissenschaft bedeutenden Bereichen.

(2) Die Erziehungswissenschaftliche Hauptprüfung umfaßt folgende Be- reiche:
1. Mündliche Prüfung
   a) Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt in Heil- und Sonderpädagogik unter Berücksichtigung von Fragen der Sozialpädagogik,
   b) Pädagogik einschließlich Didaktik einer der in § 1 Abs. 1 genannten Fachrichtungen und Nebenfachrichtungen,
   c) Sonderpädagogische Psychologie und ihre Grundlagen aus Sozialpsychologie,
   d) Psychologie des Lehrens und Lernens,
   e) Entwicklungspychologie und Aspekte der Klinischen Psychologie,
   f) Medizinische Bereiche, die für die Psychiatrie des Kindes- und
Jugendalters bedeutsam sind, einschließlich Neurologie und Psychotherapie und für Sprach- behindertenpädagogik zusätzlich Ohren-, Sprach- und Stimmheilkunde,
e) Grundzüge des Rechts, soweit es für das Lehramt an Sonderschulen bedeutsam ist.

2. Schriftliche Prüfung
a) Wissenschaftliche Hausarbeit,
b) Diagnostische Klausurarbeit.

(3) Die Wahlfachprüfung umfaßt als mündliche Prüfung den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Bereich eines der folgenden Unterrichtsfächer:
Evangelische Theologie,
Katholische Theologie,
Deutsch,
Englisch,
Geschichte,
Sozialkunde,
Geografie,
Mathematik,
Physik,
Chemie,
Biologie,
Kunsterziehung,
Musik,
Sport,
Polytechnik/Arbeitslehre,
(fachwissenschaftlicher Schwerpunkt Technik,
fachwissenschaftlicher Schwerpunkt Wirtschaft,
fachwissenschaftlicher Schwerpunkt Sozio-Okologie).

In Englisch ist die Fähigkeit im schriftlichen Gebrauch der Sprache durch eine vierständige Klausur nachzuweisen.*

4. § 7 wird wie folgt geändert:
a) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Die mündlichen Prüfungen sollen in der Regel in den in § 4 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 genannten Bereichen je 30 Minuten und in den in § 4 Abs. 3 genannten Wahlfächern je 45 Minuten für einen Bewerber nicht überschreiten. Der Vorsitzende des Prüfungsamtes kann bestimmen, daß die mündliche Prüfung nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 b in zwei Teilprüfungen zu je 45 Minuten durchgeführt wird.*

b) In Abs. 5 Satz 2 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und der folgende Satz angefügt:

"eine nachträgliche Änderung der Benotung ist unzulässig."

5. § 9 erhält folgende Fassung:

§ 9
Meldung zur Vorprüfung

(1) Die Meldung zur Vorprüfung ist schriftlich an den Vorsitzenden des

Prüfungsamtes zu richten; sie kann frühestens zwei Wochen vor Vorlesungsschluß des dritten Semesters und soll spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsschluß des vierten Semesters erfolgen.

(2) Zur Vorprüfung kann sich nur melden, wer die folgenden Unterlagen beifügt:
1. den Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums,
2. den Nachweis über die Ableistung eines Einführungspraktikums,
3. die Versicherung, daß der Bewerber die Zulassung bisher bei keinem Prüfungsamt beantragt hat, oder die Mitteilung, wann und wo dies geschehen ist,
4. einen kurzen Lebenslauf mit Angaben über den Bildungsgang.*

6. Nach § 9 wird folgender § 9 a eingefügt:

§ 9 a
Meldung zur Wahlfach- und Hauptprüfung


(2) Zur Wahlfachprüfung kann sich nur melden, wer folgende Unterlagen beifügt:
1. den Nachweis des ordnungsgemäßen fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Studiums des gewählten Unterrichtsfaches,
2. den Nachweis über die Ableistung eines Wahlfachpraktikums,
3. den Nachweis über die Teilnahme an einer didaktischen Übung in Deutsch und Mathematik,
4. die Versicherung, daß der Bewerber die Zulassung bisher bei keinem Prüfungsamt beantragt hat, oder die Mitteilung, wann und wo dies geschehen ist.

(3) Zur Hauptprüfung kann sich nur melden, wer folgende Unterlagen beifügt:
1. den Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums,
2. die Angeben, in welcher der in § 1 Abs. 1 genannten Fachrichtungen und Nebenfachrichtungen der Bewerber die Prüfung in Pädagogik einschließlich Didaktik ablegen will,
3. der Nachweis über die Ableistung eines weiteren Praktikums,
4. eine Bescheinigung über die bestandene Erziehungswissenschaftliche Vorprüfung und die bestandene Wahlfachprüfung, sofern diese Prüfungen bereits abgelegt wurden,
5. eine Erklärung darüber, ob der Bewerber in einem Strafverfahren verurteilt worden ist oder gegen ihn ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist.

(4) Ist die Wahlfachprüfung bei der Meldung zur Erziehungswissenschaftlichen Hauptprüfung noch nicht abgelegt, so sind bei der Meldung auch die in Abs. 2 genannten Unterlagen vorzulegen.

7. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11
Zulassung zu den Prüfungen
(1) Zu den Prüfungen ist zuzulassen, wer die in § 9 Abs. 2 und § 9a Abs. 2 und 3 genannten Voraussetzungen erfüllt.

(2) Über die Zulassung zu den Prüfungen entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Die Entscheidung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen." 

8. § 12 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das Gesamtergebnis ist aus dem Notendurchschnitt der in Abs. 1 genannten Teilergebnisse zu errechnen. Dabei zählen die nach Abs. 1 erteilten Noten für die in § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 2 genannten Bereiche je einzeln, die in § 4 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und b genannten Bereiche je zweifach, der in § 4 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. c genannte Bereich eineinhalbfach, die in § 4 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. d und e genannten Bereiche je einfach, die Wissenschaftliche Hausarbeit dreifach, die Diagnostische Klausur eineinhalbfach, die Wahlfachprüfung zweifach.

Als Gesamtergebnis ist festzustellen:
bei einem Notendurchschnitt bis 1,5 einschließlich:
Mit Auszeichnung bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 2,5 einschließlich:
Gut bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 3,5 einschließlich:
Befriedigend bestanden,
bei einem Notendurchschnitt bis 4,5 einschließlich:
Bestanden.


Artikel 9
1. Auf Bewerber, die ihr Studium vor dem Wintersemester 1978/79 aufgenommen haben, finden die in Art. 1 Nr. 1, Art. 2 Nr. 2, Art. 3, Art. 4 Nr. 6, Art. 5 Nr. 7 und 9, Art. 6 Nr. 4, Art. 7 und Art. 8 Nr. 5 und 6 genannten Meldefristen keine Anwendung.

2. Auf Bewerber, die ihr Studium vor dem Wintersemester 1978/80 aufgenommen haben, finden die Vorschriften des Art. 2 Nr. 1 keine Anwendung; sie legen die Prüfung nach den bisherigen Vorschriften ab, sofern sie nicht die Ablegung der Prüfung nach den Vorschriften des Art. 2 Nr. 1 schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsamtes beantragen.

3. Auf Bewerber, die ihr Studium vor dem Wintersemester 1978/80 aufgenommen haben, finden die Vorschriften des Art. 8 Nr. 2, 3 und 4 keine Anwendung; sie legen die Prüfung nach den bisherigen Vorschriften ab, sofern sie nicht die Ablegung der Prüfung nach den Vorschriften des Art. 8 Nr. 2, 3 und 4 schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsamtes beantragen.

Artikel 10
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1979

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Börner

Der Kultusminister
Krollmann
Vierte Verordnung
zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften

Vom 18. Dezember 1979


Artikel 1
In § 6 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Reisekostengesetzes erhalten die Nr. 1 bis 4 folgende Fassung:

1. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von
   50 ccm 13 Pfennig
2. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von
   mehr als 50 ccm bis 350 ccm 16 Pfennig
3. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von
   mehr als 350 ccm bis 600 ccm 20 Pfennig
4. Kraftfahrzeugen mit einem Hubraum von
   mehr als 600 ccm 27 Pfennig

Wiesbaden, den 18. Dezember 1979

Der Hessische Minister des Innern

Gries

1 Ändert GVBl. II 323-26

Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Wegstreckenentschädigung für die Benutzung anerkannter privateigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen und Dienstgängen

Vom 18. Dezember 1979


Artikel 1
§ 1 Abs. 1 Satz 3 der Verordnung über die Gewährung von Wegstreckenentschädigung für die Benutzung anerkannter privateigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen und Dienstgängen vom 12. Februar 1969 (GVBl. I S. 25), geändert durch Verordnung vom 17. Dezember 1973 (GVBl. I S. 485), erhält folgende Fassung:

"Sie beträgt je Kilometer für Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum bis 50 ccm 15 Pfennig
Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 50 ccm bis 350 ccm 22 Pfennig
Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 350 ccm bis 600 ccm 29 Pfennig
Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 600 ccm bei einer dienstlichen Jahresfahrleistung
bis 10 000 km 36 Pfennig
ab 10 001 km 24 Pfennig"

Artikel 2

Wiesbaden, den 18. Dezember 1979

Der Hessische Minister des Innern

Gries

1 Ändert GVBl. II 323-40
Verordnung
über die Senate und Kammern bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Vom 13. Dezember 1979


§ 1
(1) Bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit bestehen
1. bei dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof neun Senate,
2. bei den Verwaltungsgerichten in
   a) Darmstadt sechs Kammern,
   b) Frankfurt am Main sieben Kammern,
   c) Kassel sechs Kammern,
   d) Wiesbaden sieben Kammern.

Neben den Senaten und Kammern nach Satz 1 bestehen die auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften gebildeten Spruchkörper.

(2) Zwei Kammern des Verwaltungsgerichts Wiesbaden haben ihren Sitz in Gießen.

§ 2

§ 3

Wiesbaden, den 13. Dezember 1979

Der Hessische Minister der Justiz
Dr. Günther